

**21. DEZEMBER 2000 — Erlass der Regierung
über die Erteilung bestimmter Vollmachten an Beamte des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, insbesondere Artikel 51, abgeändert durch das Gesetz vom 16. Juli 1993 sowie Artikel 54, abgeändert durch das Gesetz vom 18. Juli 1990;

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, insbesondere Artikel 69 sowie Artikel 86, abgeändert durch die Sondergesetze vom 8. August 1988 und 16. Juli 1993;

Aufgrund des Sondergesetzes vom 16. Januar 1989 über die Finanzierung der Gemeinschaften und der Regionen, abgeändert durch die Gesetze vom 21. März 1991 und vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 26. März 1997 über die Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft nach Abteilungen, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 25. Januar 2000;

Aufgrund des Gutachtens der Finanzinspektion vom 19. Dezember 2000;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt und das Personal vom 21. Dezember 2000;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL I. — Allgemeine Bestimmungen

Abwesenheit oder Verhinderung des Vollmachtinhabers

Artikel 1 - Im Falle der Abwesenheit oder der Verhinderung des Generalsekretärs werden in Ermangelung anderer Vorschriften seine Vollmachten von einem Abteilungsleiter wahrgenommen, den er anweist.

Im Falle der Abwesenheit oder der Verhinderung eines Abteilungsleiters werden in Ermangelung anderer Vorschriften seine Vollmachten von einem Beamten wahrgenommen, den der betroffene Abteilungsleiter gemeinsam mit dem Generalsekretär anweist.

Wirkungsbereich

Art. 2 - Unter Vorbehalt spezifischer Vorschriften beziehen sich die Vollmachten des Generalsekretärs auf alle Angelegenheiten im Verantwortungsbereich des Ministeriums.

Die Vollmachten der Abteilungsleiter beziehen sich jeweils auf den Verantwortungsbereich ihrer Abteilung und die spezifisch dazugehörenden Zuweisungen des Ausgabenhaushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Über Zweifelsfälle entscheidet der Generalsekretär.

Die statutarisch Vorgesetzten der Vollmachtinhaber können die Vollmachten selbst ausüben, ohne jedoch eine Entscheidung ersetzen zu können, die vom Vollmachtinhaber getroffen und dem Betroffenen bereits mitgeteilt wurde.

Grenzbeträge

Art. 3 - Die in vorliegendem Erlass festgelegten Grenzbeträge betreffen die Gesamtheit der Ausgabe, den Betrag der Mehrwertsteuer nicht einbegriffen.

KAPITEL II. — Allgemeine Vollmachten im Bereich der Ausgaben

Funktionskosten des Ministeriums

Art. 4 - Dem Generalsekretär wird Entscheidungsvollmacht erteilt, einschließlich der Festlegung, Genehmigung und Anweisung der Ausgaben, für alle Ausgaben im Rahmen des Organisationsbereichs "Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft", Programm "Funktionskosten" für die Zuweisungen mit den Kennziffern 12 und 74.

Die im ersten Absatz erteilte Vollmacht gilt ausdrücklich auch für die im Rahmen der Gesetzgebung über öffentliche Aufträge vorgesehenen Rechtshandlungen.

Ausgaben in den Fachbereichen

Art. 5 - Dem Generalsekretär und den betroffenen Abteilungsleitern wird Entscheidungsvollmacht erteilt, einschließlich der Festlegung, Genehmigung und Anweisung der Ausgaben, für die im Ausgabenhaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehenen Ausgaben der Zuweisungen mit den Kennziffern 12 und 74 bis zum Höchstbetrag von 100 000 BF.

Die im ersten Absatz erteilte Vollmacht gilt ausdrücklich auch für die im Rahmen der Gesetzgebung über öffentliche Aufträge vorgesehenen Rechtshandlungen.

Vergabe von Subventionen

Art. 6 - Insoweit es sich um gebundene Entscheidungen ohne Ermessensspielraum handelt, wird dem Generalsekretär und den betroffenen Abteilungsleitern Entscheidungsvollmacht erteilt, einschließlich der Festlegung, Genehmigung und Anweisung der Ausgaben, für die Gewährung von Subventionen im Rahmen der nicht aufgliederten Mittel bis zum Höchstbetrag von 100 000 BF.

Zahlungsanweisungen

Art. 7 - Dem Generalsekretär und den betroffenen Abteilungsleitern wird Vollmacht erteilt, Ausgaben zu genehmigen und anzuweisen, die vom Erstanweiser festgelegt wurden.

Der Generalsekretär und die betroffenen Abteilungsleiter sind Auszahlungsbevollmächtigte zur Ausführung des Haushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Sie verfügen über die Unterschriftenrechte für die Zahlungsanweisung. Die Regierung kann weitere Beamte als Auszahlungsbevollmächtigte benennen.

KAPITEL III. — *Vollmachten im Personalbereich*

Abwesenheit von Personalmitgliedern

Art. 8 - Dem Generalsekretär wird Entscheidungsvollmacht erteilt über alle Arten von Abwesenheit zu befinden, die keine Auswirkungen auf das finanzielle oder administrative Statut bzw. auf das Vertragsverhältnis des betroffenen Personalmitgliedes haben.

Auslandsaufenthalte

Art. 9 - Dem Generalsekretär und den betroffenen Abteilungsleitern wird Entscheidungsvollmacht erteilt zur Genehmigung von Auslandsaufenthalten mit Übernachtung.

KAPITEL IV. — *Beglaubigungen und Bescheinigungen*

Beglaubigung von Abschriften

Art. 10 - Dem Generalsekretär und den betroffenen Abteilungsleitern wird Vollmacht erteilt zur Beglaubigung von Abschriften.

Bescheinigungen

Art. 11 - Dem Generalsekretär und den betroffenen Abteilungsleitern wird Vollmacht erteilt zur Unterzeichnung von Bescheinigungen bezüglich aktenkundiger Sachverhalte.

KAPITEL V. — *Besondere Vollmachten*

Vollmachten im Bereich Gesundheit, Familie und Soziales

Art. 12 - § 1. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe und die Auszahlung der Zuschüsse und besonderen Rückerstattungen im Rahmen folgender Regelung: Erlass der Regierung vom 9. Januar 1998 über die Anerkennung und den Zuschuss für juristische Personen, die sich zur stationären oder ambulanten Betreuung von Jugendlichen bereit erklärt haben.

§ 2. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe und die Auszahlung der Pflegegelder und Sonderzulagen im Rahmen folgender Regelung: Erlass der Regierung vom 9. Januar 1998 über die Anerkennung, die Festlegung des Pflegegeldes und der Sonderzulagen für natürliche Personen bezüglich der Betreuung von anerkannten Jugendlichen.

Vollmachten im Bereich Organisation des Unterrichtswesens

Art. 13 - § 1. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Unterrichtsbefreiung zu befinden im Rahmen des Artikels 63 Abs.1 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen.

§ 2. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Abweichungen und Freistellungen im Rahmen der Artikel 56 bis 60 des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 1984 über die Organisation des Sekundarschulwesens zu befinden.

§ 3. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 7 § 3 des Königlichen Erlasses vom 3. November 1987 zur allgemeinen Regelung des Hochschulkurzstudiums mit vollem Lehrplan vorgesehene Erlaubnis zu befinden

§ 4. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 11 § 2 desselben Königlichen Erlasses vorgesehene Abweichung zu befinden

§ 5. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 24 § 3 desselben Königlichen Erlasses vorgesehene Erlaubnis zu befinden.

§ 6. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Abweichung zu befinden, wie sie in Art. 3 Abs. 2 des Erlasses der Regierung vom 20. Juli 1994 über die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht sowie die Durchführung der Prüfungen vor diesem Ausschuss vorgesehen ist.

§ 7. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 8 desselben Erlasses vorgesehene Prüfungsbefreiung zu befinden.

§ 8. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in den Artikeln 14 und 16 desselben Erlasses vorgesehene Eingliederung der einzelnen Fächer in die Prüfungsteile zu befinden.

§ 9. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Rahmen des Gesetzes vom 19. März 1971 über die Gleichwertigkeit ausländischer Diplome und Zeugnisse über die Gleichstellung von ausländischen Studiennachweisen zu befinden.

Vollmachten im Bereich Ausbildung und Beschäftigung

Art. 14 - § 1. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 24 Abs.1 Punkt 1 des Erlasses der Exekutive vom 12. Juni 1985 über die Bewilligung gewisser Vorteile an Personen, die Berufsausbildung und -umschulung erhalten vorgesehene Sonderprämie zu befinden, mit Ausnahme der Erhöhung dieser Sonderprämie in besonderen Härtefällen.

§ 2. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Rahmen der anwendbaren Vorschriften und mit Ausnahme der dort gegebenenfalls vorgesehenen ministeriellen Derogationsmöglichkeiten über die Genehmigung von Lehrverträgen und Lehrabkommen zu befinden.

§ 3. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Rahmen des Dekretes vom 26. Juni 1986 über die Gewährung von Studienbeihilfen, über die Beschwerden bezüglich der abgewiesenen Anträge oder des Betrages der gewährten Beihilfe zu befinden.

§ 4. Dem zuständigen Abteilungsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Rahmen des Königlichen Erlasses vom 9. Juni 1999 zur Ausführung des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, über die Beschäftigungs- und Arbeitserlaubnisse zu befinden mit Ausnahme der dort vorgesehenen ministeriellen Derogationsmöglichkeiten.

Vollmachten im Bereich der Schulinfrastruktur der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Art. 15 - § 1. Die nachfolgenden Vollmachten gelten für den Dienstleiter des Infrastrukturdienstes in den Diensten des Generalsekretärs bezüglich der Schulinfrastruktur der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

§ 2. Dem in § 1 vorgesehenen Dienstleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt im Rahmen der Gesetzgebung über öffentliche Aufträge und der einschlägigen Vorschriften der Deutschsprachigen Gemeinschaft über alle Aufträge für Unterhalts- und Umbauarbeiten zu befinden, deren Kosten 200 000 BF nicht überschreiten. Die Vollmacht schließt alle Rechtshandlungen ein, die für der Vergabe des Auftrages und seine Ausführung im Rahmen der oben erwähnten Vorschriften erforderlich oder möglich sind. Die genannte Vollmacht gilt ebenfalls für den Abschluss und die Durchführung von Verträgen mit Verteilergesellschaften sowie für Verträge zum Unterhalt, zur Überprüfung und zur Regulierung von Heizungs-, Belüftungs-, Sicherheits- und Elektroinstallationen.

Vollmachten im Bereich der Subventionen für Schulinfrastruktur

Art. 16 - Insoweit es sich um gebundene Entscheidungen ohne Ermessensspielraum handelt, wird dem Dienstleiter des Infrastrukturdienstes in den Diensten des Generalsekretärs Entscheidungsvollmacht erteilt, einschließlich der Festlegung, Genehmigung und Anweisung der Ausgaben, für die Gewährung von Subventionen im Rahmen der nicht aufgliederten Mittel für die Schulinfrastruktur des subventionierten Unterrichtswesens bis zum Höchstbetrag von 200 000 BF.

KAPITEL VI. — *Aufhebung, Inkrafttreten und Schlussbestimmungen*

Aufhebung

Art. 17 - Der Erlass des Ministers vom 16. Januar 1995 über die Übertragung von Entscheidungsbefugnissen und von Zeichnungsberechtigungen an den Leiter der Abteilung "Organisation des Unterrichtswesens" im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist aufgehoben.

Inkrafttreten

Art. 18 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2001 in Kraft.

Schlussbestimmung

Art. 19 - Die Minister sind, jeder in seinem Bereich, mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt. Eupen, den 21. Dezember 2000.

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,
Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport,
K.H. LAMBERTZ

TRADUCTION

F. 2001 — 2598

[C — 2001/33026]

**21 DECEMBRE 2000. — Arrêté du Gouvernement
portant délégation de certains pouvoirs à des fonctionnaires du Ministère de la Communauté Germanophone**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 51, modifié par la loi du 16 juillet 1993, et l'article 54, modifié par la loi du 18 juillet 1990;

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, notamment l'article 69 et l'article 86, modifié par les lois spéciales des 8 août 1988 et 16 juillet 1993;

Vu la loi spéciale du 16 janvier 1989 relative au financement des Communautés et des Régions, modifiée par les lois des 21 mars 1991 et 16 juillet 1993;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 26 mars 1997 relatif à l'organisation du Ministère de la Communauté germanophone en divisions, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 25 janvier 2000;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 19 décembre 2000;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Personnel, donné le 21 décembre 2000;

Sur la proposition du Ministre-Président, Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE I^{er}. — *Dispositions générales*

Absence ou empêchement du titulaire de la délégation

Article 1^{er}. En cas d'absence ou d'empêchement, les délégations données au Secrétaire général sont, à défaut de dispositions contraires, exercées par le chef de division qu'il désigne.

En cas d'absence ou d'empêchement, les délégations données à un chef de division sont, à défaut de dispositions contraires, exercées par un fonctionnaire désigné conjointement par le chef de division concerné et le Secrétaire général.

Champ d'application

Art. 2. Sous réserve de dispositions spécifiques, les délégations données au Secrétaire général se rapportent à toutes les matières ressortissant au Ministère.

Les délégations données aux chefs de division se rapportent aux matières ressortissant à leur propre division et aux allocations de base y relatives, inscrites au budget des dépenses de la Communauté germanophone. C'est le Secrétaire général qui décide des cas litigieux.

Les supérieurs hiérarchiques statutaires d'un fonctionnaire délégué peuvent exercer eux-mêmes les délégations, sans toutefois pouvoir substituer leur décision à celle prise par le fonctionnaire délégué et déjà notifiée à l'intéressé.

Plafonds

Art. 3. Les plafonds fixés dans le présent arrêté couvrent la totalité de la dépense, hors T.V.A.

CHAPITRE II. — *Délégations générales en matière de dépenses*

Frais de fonctionnement du Ministère

Art. 4. Délégation est donnée au Secrétaire général pour les allocations de base 12 et 74, en ce compris la fixation, l'approbation et l'ordonnancement de toutes les dépenses effectuées dans le cadre de la Division organique "Ministère de la Communauté germanophone", Programme "Frais de fonctionnement".

La délégation donnée par le premier alinéa vaut aussi expressément pour les actes juridiques prévus dans le cadre de la législation en matière de marchés publics.

Dépenses spécifiques

Art. 5. Délégation est donnée au Secrétaire général et aux chefs de division concernés pour les dépenses inscrites au budget des dépenses de la Communauté germanophone sous les allocations de base 12 et 74, à concurrence de 100 000 BEF, en ce compris la fixation, l'approbation et l'ordonnancement desdites dépenses.

La délégation donnée par le premier alinéa vaut aussi expressément pour les actes juridiques prévus dans le cadre de la législation en matière de marchés publics.

Octroi de subventions

Art. 6. Délégation est donnée au Secrétaire général et aux chefs de division concernés pour octroyer des subventions dans le cadre des crédits non dissociés à concurrence de 100 000 BEF, en ce compris la fixation, l'approbation et l'ordonnancement des dépenses, à condition qu'il s'agisse de décisions réglementées, sans marge d'appréciation.

Mandats de paiement

Art. 7. Délégation est donnée au Secrétaire général et aux chefs de division concernés pour approuver et ordonner des dépenses fixées par l'ordonnateur primaire.

Le Secrétaire général et les chefs de division concernés ont qualité d'ordonnateurs pour l'exécution du budget de la Communauté germanophone. Ils disposent des droits de signature pour les mandats de paiement. Le Gouvernement peut nommer d'autres fonctionnaires comme ordonnateurs.

CHAPITRE III. — *Délégations en matière de personnel*

Absence de membres du personnel

Art. 8. Délégation est donnée au Secrétaire général pour statuer sur tous les types d'absence n'ayant aucun effet sur le statut pécuniaire ou administratif voire sur l'engagement du membre du personnel concerné.

Séjours à l'étranger

Art. 9. Délégation est donnée au Secrétaire général et aux chefs de division concernés pour approuver des séjours à l'étranger avec nuitées.

CHAPITRE IV. — *Certifications et attestations*

Certification de copies

Art. 10. Délégation est donnée au Secrétaire général et aux chefs de division concernés pour certifier conformes des copies.

Attestations

Art. 11. Délégation est donnée au Secrétaire général et aux chefs de division concernés pour signer des attestations relatives à des faits consignés dans des dossiers.

CHAPITRE V. — *Délégations spéciales*

Délégations en matière de santé, famille et affaires sociales

Art. 12. § 1^{er}. Délégation est donnée au chef de division compétent pour octroyer et liquider des subventions et des remboursements particuliers en vertu de l'arrêté du Gouvernement du 9 janvier 1998 relatif à la reconnaissance et au subventionnement de personnes morales s'offrant à assurer la guidance résidentielle et ambulatoire de jeunes.

§ 2. Délégation est donnée au chef de division compétent pour octroyer et liquider des allocations d'entretien et allocations spéciales en vertu de l'arrêté du Gouvernement du 9 janvier 1998 relatif à la reconnaissance, à la fixation de l'allocation d'entretien et des allocations allouées aux personnes morales pour la guidance de jeunes placés.

Délégations en matière d'organisation de l'enseignement

Art. 13. § 1^{er}. Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur les dispenses de cours en vertu de l'article 63, alinéa 1^{er}, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux délégations organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires.

§ 2. Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur les dérogations et dispenses en vertu des articles 56 à 60 de l'arrêté royal du 29 juin 1984 relatif à l'organisation de l'enseignement secondaire.

§ 3. Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur l'autorisation prévue à l'article 7, § 3, de l'arrêté royal du 3 novembre 1987 portant règlement général des études dans l'enseignement supérieur de type court et de plein exercice.

§ 4. Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur la dérogation prévue à l'article 11, § 2, du même arrêté royal.

§ 5. Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur l'autorisation prévue à l'article 24, § 3, du même arrêté royal.

§ 6. Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur la dérogation prévue à l'article 3, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 20 juillet 1994 relatif à la composition et au fonctionnement du jury d'examen de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire ainsi qu'à l'organisation des examens présentés devant ce jury.

§ 7. Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur la dispense d'examen prévue à l'article 8 du même arrêté.

§ 8. Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur l'intégration des cours dans les épreuves, telle que prévue aux articles 14 et 16 du même arrêté.

§ 9. Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur l'équivalence des titres d'études étrangers en vertu de la loi du 19 mars 1971 relative à l'équivalence des diplômes étrangers et certificats d'études étrangers.

Délégations en matière de formation et d'emploi

Art. 14. § 1^{er}. Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur les primes spéciales prévues à l'article 24, § 1^{er}, 1^o, de l'arrêté de l'Exécutif du 12 juin 1985 relatif à l'octroi de certains avantages aux personnes recevant une formation professionnelle, sauf sur la majoration de ces primes spéciales dans des cas particulièrement graves.

§ 2. Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer sur l'approbation de contrats ou d'accords contrôlés d'apprentissage en vertu des dispositions applicables, sauf possibilités de dérogation ministérielle éventuellement prévues.

§ 3. Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer, dans le cadre du décret du 26 juin 1986 relatif à l'octroi d'allocations d'études, sur les recours relatifs au rejet de demandes ou au montant des allocations.

§ 4. Délégation est donnée au chef de division compétent pour statuer, dans le cadre de l'arrêté royal du 9 juin 1999 portant exécution de la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers, sur les autorisations d'occupation et permis de travail, sauf possibilités de dérogation ministérielle prévues.

Délégations en matière d'infrastructure scolaire de la Communauté germanophone

Art. 15. § 1^{er}. Les délégations suivantes s'appliquent au chef de service du Service de l'Infrastructure auprès des Services du Secrétaire général en ce qui concerne l'infrastructure scolaire de la Communauté germanophone.

§ 2. Délégation est donnée au chef de service mentionné au § 1^{er} pour statuer, dans le cadre de la législation en matière de marchés publics et des dispositions prises en la matière par la Communauté germanophone, sur les marchés relatifs à des travaux d'entretien et de transformation dont le coût ne dépasse pas 200 000 BEF. La délégation s'étend à tous les actes juridiques qui sont nécessaires ou possibles pour l'attribution du marché ou son exécution dans le cadre des dispositions susvisées. Ladite délégation vaut aussi pour la conclusion et l'exécution de contrats avec des sociétés de distribution ainsi que pour des contrats d'entretien, de maintenance et de régulation des installations de chauffage, d'aération, de sécurité ou électriques.

Délégations en matière de subventions pour l'infrastructure scolaire

Art. 16. Délégation est donnée au chef de service du Service de l'Infrastructure auprès des Services du Secrétaire général pour statuer sur l'octroi de subventions dans le cadre des crédits non dissociés pour l'infrastructure scolaire de l'enseignement subventionné à concurrence de 200 000 BEF, en ce compris la fixation, l'approbation et l'ordonnement des dépenses, à condition qu'il s'agisse de décisions réglementées, sans marge d'appréciation.

CHAPITRE VI. — *Abrogation, entrée en vigueur et dispositions finales*

Abrogation

Art. 17. L'arrêté du Ministre du 16 janvier 1995 transférant des pouvoirs de décision et l'autorisation de signer au chef de la Division "Organisation de l'Enseignement" au Ministère de la Communauté germanophone est abrogé.

Entrée en vigueur

Art. 18. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2001.

Disposition finale

Art. 19. Les Ministres sont, chacun en ce qui le concerne, chargés de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 21 décembre 2000.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,

K.-H. LAMBERTZ

VERTALING

N. 2001 — 2598

[C — 2001/33026]

21 DECEMBER 2000. — Besluit van de Regering houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan beampten van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, inzonderheid op artikel 51, gewijzigd bij de wet van 16 juli 1993, en op artikel 54, gewijzigd bij de wet van 18 juli 1990;

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, inzonderheid op artikel 69 en op artikel 86, gewijzigd bij de bijzondere wetten van 8 augustus 1988 en 16 juli 1993;

Gelet op de bijzondere wet van 16 januari 1989 betreffende de financiering van de Gemeenschappen en de Gewesten, gewijzigd bij de wetten van 21 maart 1991 en 16 juli 1993;

Gelet op het besluit van de Regering van 26 maart 1997 tot organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap in afdelingen, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 25 januari 2000;

Gelet op het advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 19 december 2000;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting en Personeel, gegeven op 21 december 2000;

Op de voordracht van de Minister-President, Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*

Afwegigheid of verhindering van de titularis van de delegatie

Artikel 1. Bij afwezigheid of verhindering van de Secretaris-generaal en indien er geen andersluidende bepalingen zijn, worden de hem toegekende delegaties door het afdelingshoofd uitgeoefend dat hij aanwijst.

Bij afwezigheid of verhindering van een afdelingshoofd en indien er geen andersluidende bepalingen zijn, worden de hem toegekende delegaties door een ambtenaar uitgeoefend die gezamenlijk door het betrokken afdelingshoofd en de Secretaris-generaal aangewezen werd.

Toepassingsgebied

Art. 2. Behoudens specifieke bepalingen hebben de delegaties toegekend aan de Secretaris-generaal betrekking tot alle aangelegenheden die onder het Ministerie ressorteren.

De delegaties toegekend aan de afdelingshoofden hebben betrekking tot de aangelegenheden die onder hun eigen afdeling ressorteren en tot de desbetreffende basisallocaties die op de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap ingeschreven zijn. In twijfelgeval beslist de Secretaris-generaal.

De hiërarchische meerderen van een gemachtigde ambtenaar kunnen de aan deze ambtenaar toegekende delegaties persoonlijk uitoefenen; zij kunnen echter hun beslissing niet doen gelden in de plaats van die die door de gemachtigde ambtenaar genomen en aan de betrokkene reeds betekend is.

Maximumbedragen

Art. 3. De in dit besluit vastgelegde maximumbedragen dekken de volledige uitgaven, exclusief BTW.

HOOFDSTUK II. — *Algemene delegaties inzake uitgaven*

Werkingskosten van het Ministerie

Art. 4. Delegatie wordt toegekend aan de Secretaris-generaal voor de basisallocaties 12 en 74, met inbegrip van de vaststelling, goedkeuring en ordonnancering van alle uitgaven in het kader van de Organisatieafdeling "Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap", Programma "Werkingskosten".

De bij het eerste lid toegekende delegatie geldt ook uitdrukkelijk voor de rechtshandelingen waarin de wetgeving inzake overheidsopdrachten voorziet.

Specifieke uitgaven

Art. 5. Delegatie wordt toegekend aan de Secretaris-generaal en de betrokken afdelingshoofden voor de uitgaven ten belope van 100 000 BEF die op de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap onder de basisallocaties 12 en 74 ingeschreven zijn, met inbegrip van de vaststelling, goedkeuring en ordonnancering van deze uitgaven.

De bij het eerste lid toegekende delegatie geldt ook uitdrukkelijk voor de rechtshandelingen waarin de wetgeving inzake overheidsopdrachten voorziet.

Toekenning van toelagen

Art. 6. Delegatie wordt toegekend aan de Secretaris-generaal en de betrokken afdelingshoofden voor de toekenning van toelagen ten belope van 100 000 BEF in het kader van de niet- gesplitste kredieten, met inbegrip van de vaststelling, goedkeuring en ordonnancering van deze uitgaven, voorzover het gaat om "verbonden" beslissingen zonder appreciatiemarge.

Bevelschriften tot betaling

Art. 7. Delegatie wordt toegekend aan de Secretaris-generaal en de betrokken afdelingshoofden om de door de eerste ordonnateur vastgelegde uitgaven goed te keuren en te ordonnanceren.

De Secretaris-generaal en de betrokken afdelingshoofden hebben de hoedanigheid van ordonnateur voor de uitvoering van de begroting van de Duitstalige Gemeenschap. Zij beschikken over de ondertekeningsrechten voor de bevelschriften tot betaling. De Regering kan andere ambtenaren als ordonnateur benoemen.

HOOFDSTUK III. — *Delegaties inzake personeel*

Afwezigheid van personeelsleden

Art. 8. Delegatie wordt toegekend aan de Secretaris-generaal om over alle afwezigheden te beslissen die geen invloed hebben op het geldelijk of administratief statuut noch op de dienstbetrekking van het betrokken personeelslid.

Verblijven in het buitenland

Art. 9. Delegatie wordt toegekend aan de Secretaris-generaal en de betrokken afdelingshoofden om de verblijven met overnachting in het buitenland goed te keuren.

HOOFDSTUK IV. — *Certificering en attesten*

Certificering van kopieën

Art. 10. Delegatie wordt toegekend aan de Secretaris-generaal en de betrokken afdelingshoofden voor het eensluidend verklaren van kopieën.

Attesten

Art. 11. Delegatie wordt toegekend aan de Secretaris-generaal en de betrokken afdelingshoofden om attesten te ondertekenen die betrekking hebben tot feiten die in dossiers vastgelegd zijn.

HOOFDSTUK V. — *Bijzondere delegaties*

Delegaties inzake gezondheid, gezin en sociale aangelegenheden

Art. 12. § 1. Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd voor de toekenning en de uitbetaling van de toelagen en bijzondere terugbetalingen in het kader van het besluit van de Regering van 9 januari 1998 betreffende de erkenning en de subsidiëring van rechtspersonen die zich bereid verklaren om voor de residentiële en ambulante begeleiding van jongeren te zorgen.

§ 2. Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd voor de toekenning en de uitbetaling van de onderhoudstoelagen en van de bijzondere vergoedingen in het kader van het besluit van de Regering van 9 januari 1998 betreffende de erkenning, de vastlegging van de onderhoudstoelage en van de bijzondere vergoedingen toegekend aan natuurlijke personen voor de begeleiding van geplaatste jongeren.

Delegaties inzake organisatie van het onderwijs

Art. 13. § 1. Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om, krachtens artikel 63, lid 1, van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs, over de onderwijsvrijstellingen te beslissen.

§ 2. Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om, krachtens de artikelen 56 tot 60 van het koninklijk besluit van 29 juni 1984 betreffende de organisatie van het secundair onderwijs, over de afwijkingen en vrijstellingen te beslissen.

§ 3. Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de toelating bepaald in artikel 7, § 3, van het koninklijk besluit van 3 november 1987 houdende algemeen reglement van de studie in het hoger onderwijs van het korte type met volledig leerplan.

§ 4. Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de afwijking bepaald in artikel 11, § 2, van hetzelfde koninklijk besluit.

§ 5. Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de toelating bepaald in artikel 24, § 3, van hetzelfde koninklijk besluit.

§ 6. Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de afwijking bepaald in artikel 3, lid 2, van het besluit van de Regering van 20 juli 1994 betreffende de samenstelling en de werking van de examencommissie van de Duitstalige Gemeenschap voor het secundair onderwijs alsmede de organisatie van de examens afgelegd vóór deze commissie.

§ 7. Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de examenvrijstelling bepaald in artikel 8 van hetzelfde besluit.

§ 8. Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om te beslissen over de integratie van de verschillende leerstoffen in de examengedeelten, zoals bepaald in de artikelen 14 en 16 van hetzelfde besluit.

§ 9. Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om over de gelijkwaardigheid van de buitenlandse studiekwalificaties te beslissen krachtens de wet van 19 maart 1971 betreffende de gelijkwaardigheid van de buitenlandse diploma's en studiegetuigschriften.

Delegaties inzake opleiding en tewerkstelling

Art. 14. § 1. Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om over de zonderpremie bepaald in artikel 24, lid 1, 1°, van het besluit van de Executieve van 12 juni 1985 betreffende de toekenning van sommige voordelen aan de personen die een beroepsopleiding ontvangen te beslissen, behalve wat de verhoging ervan in bijzonder moeilijke gevallen betreft.

§ 2. Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om, in het kader van de toepasselijke bepalingen en behoudens de daarin eventueel bepaalde ministeriële afwijkingen, over de goedkeuring van leerovereenkomsten en gecontroleerde leerakkoorden te beslissen.

§ 3. Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om, in het kader van het decreet van 26 juni 1986 betreffende de toekenning van studietoelagen, over de beroepen te beslissen die betrekking hebben tot de verworpen aanvragen of het bedrag van de toegekende toelage.

§ 4. Delegatie wordt toegekend aan het bevoegde afdelingshoofd om, in het kader van het koninklijk besluit van 9 juni 1999 houdende uitvoering van de wet van 30 april 1999 betreffende de tewerkstelling van buitenlandse werknemers en behoudens de daarin bepaalde ministeriële afwijkingen, over de arbeidsvergunningen en arbeidskaarten te beslissen.

Delegaties inzake schoolinfrastructuur van de Duitstalige Gemeenschap

Art. 15. § 1. Volgende delegaties gelden voor het diensthoofd van de "Dienst Infrastructuur" bij de Diensten van de Secretaris-generaal, wat de schoolinfrastructuur van de Duitstalige Gemeenschap betreft.

§ 2. Delegatie wordt toegekend aan het in § 1 vermelde diensthoofd om, in het kader van de wetgeving inzake overheidsopdrachten en van de terzake door de Duitstalige Gemeenschap aangenomen bepalingen, over alle opdrachten m.b.t. tot onderhouds- en verbouwingswerken te beslissen waarvan de kosten 200 000 BEF niet overschrijden. De delegatie geldt voor alle rechtshandelingen die voor de gunning of de uitvoering van de opdracht in het kader van de bovenvermelde bepalingen noodzakelijk of mogelijk zijn.

Deze delegatie geldt ook voor de conclusie en de uitvoering van verdragen met voorzieningsmaatschappijen alsmede voor de verdragen m.b.t. het onderhoud, de verzorging en de regulatie van de verwarmings-, luchtverversings-, veiligheids- en elektrische installaties.

Delegaties inzake toelagen voor de schoolinfrastructuur

Art. 16. Delegatie wordt toegekend aan het diensthoofd van de "Dienst Infrastructuur" om te beslissen over de toekenning van toelagen ten belope van 200.000 BEF in het kader van de niet-gesplitste kredieten, met inbegrip van de vaststelling, goedkeuring en ordonnancering van deze uitgaven, voorzover het gaat om "verbonden beslissingen" zonder appreciatiemarge.

HOOFDSTUK VI. — *Opheffing, inwerkingtreding en slotbepalingen*

Opheffing

Art. 17. Het besluit van de Minister van 16 januari 1995 betreffende de overdracht van beslissingsbevoegdheden en van bevoegdheden tot ondertekenen aan de chef van de afdeling "Organisatie van het onderwijs" in het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap wordt opgeheven.

Inwerkingtreding

Art. 18. Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2001.

Slotbepaling

Art. 19. De Ministers zijn, ieder wat hem betreft, belast met de uitvoering van dit besluit.
Eupen, 21 december 2000.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,
K.-H. LAMBERTZ



D. 2001 — 2599

[C — 2001/33038]

16. MARZ 2001 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Ministeriellen Erlasses vom 23. März 1970 zur Festlegung der Bedingungen für die Gewährung einer Beteiligung des Nationalfonds für die Soziale Wiedereingliederung der Behinderten an den von den Beschützenden Werkstätten getragenen Löhnen und sozialen Lasten

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekretes vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung, insbesondere des Artikels 32;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 23. März 1970 zur Festlegung der Bedingungen für die Gewährung einer Beteiligung des Nationalfonds für die soziale Wiedereingliederung der Behinderten an den von den Beschützenden Werkstätten getragenen Löhnen und sozialen Lasten, insbesondere Artikel 4 § 1 ersetzt durch den Erlass vom 19. Mai 1999 und abgeändert durch den Erlass vom 16. Juni 2000;

Aufgrund des Vorschlags des Verwaltungsrates der Dienststelle für Personen mit einer Behinderung vom 21. Dezember 2000;

Aufgrund des Gutachtens der Finanzinspektion vom 09/03/2001;

Aufgrund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt vom 15/03/2001;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere Artikel 3 § 1 ersetzt durch das Gesetz vom 4. Juli 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 4. August 1996;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung der Tatsache, dass das kollektive Arbeitsabkommen der paritätischen Kommission für Unternehmer für angepasste Arbeit und soziale Werkstätten vom 18. Dezember 2000 über die Wiederherstellung des Lohngefälles für das Produktionspersonal in den Beschützenden Werkstätten der Deutschsprachigen Gemeinschaft am 1. Januar 2001 in Kraft tritt und dass deshalb der Ministerielle Erlass vom 23. März 1970 mit Wirkung zum 1. Januar 2001 angepasst werden muss;

Auf Vorschlag des Minister-Präsidenten, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport;
Bach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Artikel 4 § 1, Absatz 1 des Ministeriellen Erlasses vom 23. März 1970 zur Festlegung der Bedingungen für die Gewährung einer Beteiligung des Nationalfonds für die soziale Wiedereingliederung der Behinderten an den von den Beschützenden Werkstätten getragenen Löhnen und sozialen Lasten, ersetzt durch den Erlass vom 19. Mai 1999 und abgeändert durch den Erlass vom 16. Juni 2000 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

„Zur Bestimmung des in Artikel 3 erwähnten Betrags wird das von der paritätischen Kommission für die behinderten Arbeitnehmer festgelegte garantierte durchschnittliche Mindesteinkommen am 1. Januar 1999 zuzüglich nachfolgender Indexierungen berücksichtigt.“